

## Kleine Anfrage 2775

der Abgeordneten Iris Schülzke (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe)

an die Landesregierung

### Weiterleitung zweckgebundener Mittel des Bundes an die örtlichen Träger der Jugendhilfe

Durch Beschluss der Vereinbarung der Bund-Länder-Arbeitsgruppe zum Betreuungsausbau vom 28.08.2007 hat sich die Bundesregierung verpflichtet, sich über einen Festbetrag bei der Umsatzsteuerverteilung zugunsten der Länder ab 2009 aufwachsend bis 2013 an den zusätzlich entstehenden Betriebsausgaben zu beteiligen.

Im Gegenzug verpflichteten sich die Bundesländer, durch geeignete Maßnahmen dafür Sorge zu tragen, dass die vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel auch tatsächlich und zusätzlich den Kommunen und Trägern zur Verfügung gestellt werden.

In der Gesamtsumme aller Bundesländer sind folgende jährlichen Beträge in der Vereinbarung festgeschrieben:

<u>Jahr</u>	<u>Betrag (in Mio. €)</u>
2009	100
2010	200
2011	350
2012	500
2013	700
ab 2014 dauerhaft p.a.	770

Von diesem Gesamtbetrag entfallen auf das Land Brandenburg <sup>1)</sup>:

<u>Jahr</u>	<u>Betrag (in T€)</u>
2009	2.984
2010	5.957
2011	10.426
2012	14.894
2013	20.851
ab 2014 dauerhaft p.a.	<u>22.936</u>
	<u>78.048</u>

Wie die „Lausitzer Rundschau“ in ihrer Ausgabe vom 16.06.2017, Seite 4, berichtet, sollen die zweckgebundenen Gelder aus dem Bundeshaushalt durch die Landesregierung bislang nicht oder nicht in vollem Umfang weitergereicht worden sein.

Das Gesetz zur zusätzlichen Förderung von Kindern unter drei Jahren in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege vom 15. Februar 2013 sieht eine weitere Beteiligung des Bundes an den Betriebskosten vor. Danach gewährt der Bund den Ländern für Betriebs-

kosten der zusätzlichen Plätze für die Betreuung von Kindern unter drei Jahren im Jahre 2013 einen Betrag von 18,75 Mio. €, im Jahr 2014 einen Betrag von 37,5 Mio. € und ab dem 1. Januar 2015 jährlich 75 Mio. € aus dem Umsatzsteueraufkommen. Demgemäß wurden dem Land Brandenburg vom Bund zusätzlich folgende Betriebskostenzuschüsse gewährt: 0,56 Mio. € für das Jahr 2013, 1,12 Mio. € für das Jahr 2014 und 2,24 Mio. € ab dem Jahre 2015. Diese Zuschüsse sind mittels entsprechender Erhöhung der Landeszuschüsse vermutlich ebenfalls noch nicht an die Kommunen weitergeleitet worden.

Fragen und Hinweise an das Fachministerium im Rahmen von Stellungnahmen zu Gesetzesvorhaben oder Anhörungen blieben in der Vergangenheit ohne Resonanz.

Ich frage daher die Landesregierung:

1. Wie positioniert sich die Landesregierung zu dem Vorwurf, dass zweckgebundene finanzielle Mittel des Bundes im Landeshaushalt versickern und entgegen der klaren Regelung in der Vereinbarung der Bund-Länder-Arbeitsgruppe vom 28.08.2007 bisher nicht tatsächlich und zusätzlich den Kommunen und Trägern zur Verfügung gestellt worden sein sollen?
2. Auf welche gesetzlichen Vorschriften stützt die Landesregierung ihre ggfs. abweichende Rechtsauffassung, dass zweckgebundene Bundesmittel auch für die Erfüllung der strikten Konnexitätspflicht des Landes gemäß Art. 97 Abs. 3 der Landesverfassung eingesetzt werden können?
3. Auf welche Vereinbarungen mit dem Bundesfinanzministerium stützt die Landesregierung ihre ggfs. abweichende Rechtsauffassung, dass zweckgebundene Bundesmittel auch für die Erfüllung der strikten Konnexitätspflicht des Landes gemäß Art. 97 Abs. 3 der Landesverfassung eingesetzt werden können (Vereinbarungen bitte beifügen)?
4. Falls die Vermutung zu 1. nicht zutreffend sein sollte:
  - 4.1 Welche Beträge wurden den einzelnen örtlichen Trägern der Jugendhilfe zur Verfügung gestellt? (Bitte ab 2007 vollständig für alle Landkreise auflisten)
  - 4.2 Auf welcher Grundlage wurden diese Beträge ermittelt?
  - 4.3 Welche Unterlagen mussten die Kommunen beibringen, um diese Mittel zu erhalten?
  - 4.4 Werden die über die örtlichen Träger der Jugendhilfe an die Kommunen und Träger ausgereichten Mittel als ausreichend eingeschätzt, um die Zielstellungen der Bund-Länder-Vereinbarung zu erreichen?
  - 4.5 Welche Beweisunterlagen wurden den Kommunen und den Kommunalen Spitzenverbänden zur Verfügung gestellt, um stichhaltig zu belegen, dass Bundesmittel für die Kitaversorgung vollständig an die Kommunen und Träger weitergereicht wurden?
5. Von den Kommunen wird seit Jahren beklagt, dass die von Land und Bund zur Verfügung gestellten finanziellen Mittel nicht auskömmlich sind, um den festgesetzten Zuschuss für die Personalkosten abzudecken, wie hoch sind die Defizite in den einzelnen Landkreisen und kreisfreien Städten seit 2007? (Bitte in tabellarischer Form auflisten!)

<sup>1)</sup> Finanzwissenschaftliches Forschungsinstitut an der Universität zu Köln: „Föderale Finanzierung des Kinderbetreuungsbaus: Ermittlung der Lastenverteilung - Zwischenevaluierung des Investitionsprogramms ‚Kinderbetreuungsfinanzierung 2008-2013‘ gemäß Artikel 5 Absatz 2 der Verwaltungsvereinbarung“ (Im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend; Köln im Mai 2011)